

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 2 der kaiserlichen Verordnung vom 31. Juli 1914, betreffend das Verbot der Ausfuhr und Durchfuhr von Rohstoffen, die bei der Herstellung und dem Betriebe von Gegenständen des Kriegsbedarfes zur Verwendung gelangen, bringe ich nachstehendes zur öffentlichen Kenntnis:

Es wird verboten die Ausfuhr und Durchfuhr von: Trahtsalzen aus der Ausfuhrnummer 945 des Statistischen Warenzeichnisses, mit Ausnahme der Stahlsalzen in abgepackten Längen bis zu 2 Metern bei einer Stärke bis zu 1,5 Millimetern.

Berlin, den 16. Dezember 1916.

Der Reichskanzler (Reichsamt des Innern).

Im Auftrage: Müller.

Bekanntmachung.

Betr.: Den Verkehr mit Delfrüchten.

Wie wir hören, wird in der Öffentlichkeit behauptet, es sei von der unterzeichneten Behörde dahingehende Ausfuhr erteilt worden, daß ein Verkauf von Kapsamen zur Delgewinnung von Landwirt zu Landwirt oder an Privatpersonen zulässig sei. Derartige Behauptungen sind falsch. Es wurde vielmehr im Gegenstand etwa 50—60 Leuten, die im Laufe der letzten drei Monate mit derartigen Wünschen auf unserem Amt erschienen waren, eröffnet, daß nach ergangener Verordnung vom 27. Juli 1916, betr. Delfrüchte, ein Verkauf der Delfrüchte nur an den Kriegsausfuhr für Del und Sette in Berlin zulässig sei, daß nur dem Erzeuger des Kapsamens selbst das Recht zustehe, 60 Pfund für sich zu Del verarbeiten zu lassen, und daß die Bürgermeistereien angewiesen wären, nur solchen Personen die erforderlichen Erlaubnisheine zum Schlagen von Del zu erteilen; wer ohne einen solchen Erlaubnischein Kapsamen zur Mühle brächte, mache sich strafbar; das Kreisamt selbst könne keine Ausnahme zulassen.

Zur Beseitigung der im Umlauf befindlichen falschen Gerüchte wird Vorstehendes hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht.

Gießen, den 23. Dezember 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Ufinger.

Bekanntmachung.

Um dem Auftreten des Schweinerotlaufes und dessen Verbreitung in den Sommermonaten für die Folge entgegenzutreten, ordnen wir auf Grund des § 17 Ziffer 4 und der §§ 23, 60, 74, 76 und 79 des Reichsviehseuchengesetzes, sowie auf Grund des Gesetzes über die Entschädigung für an Milzbrand, Rauschbrand und Schweinerotlauf gefallene Tiere in der Fassung vom 29. April 1912 bis auf weiteres das Nachstehende an.

§ 1. Zur Schutzimpfung sind von dem Besitzer bei der zuständigen Bürgermeisterei anzumelden:

1. alle in den Monaten Oktober bis Dezember einschließlich geborenen und angekauften Ferkel und Läufer Schweine bis zum 5. Januar;
2. alle in einem der Monate Januar bis September geborenen und angekauften Ferkel und Läufer Schweine bis zum 5. des darauf folgenden Monats;
3. alle im Lande vorhandenen Zuchtsauen und Eber bis zum 5. April;
4. alle in einem der Monate April bis September in das Land eingeführten Zuchtsauen und Eber bis zum 5. des darauf folgenden Monats.

Von der Anmeldepflicht in Absatz 1 sind die Besitzer von Ferkeln und Schweinen befreit, wenn sie durch eine Bescheinigung der Bürgermeisterei des Herkunftsorts der Tiere nachweisen, daß diese bereits schutzgeimpft sind, bei Zuchtsauen und Ebern aber, daß sie bereits in demselben Kalenderjahr schutzgeimpft sind.

§ 2. Die Bürgermeistereien haben die nach § 1 Abs. 1, Ziffer 1, 2 und 4 angemeldeten Schweine in eine Liste einzutragen, und diese längstens zum 10. des Anmelde Monats dem Kreisveterinäramt einzusenden. Dieses hat die Schutzimpfungen sobald als tunlich vorzunehmen oder zu veranlassen. Sie müssen jedenfalls vor dem nächsten Anmelde tag erledigt sein.

Die nach § 1 Abs. 1 Ziffer 3 angemeldeten Zuchtsauen und Eber sind in eine besondere Liste einzutragen, die ebenfalls dem Kreisveterinäramt einzusenden ist. Ihre Impfung ist in den Monaten April und Mai auszuführen und jedes Jahr zu wiederholen.

§ 3. Die Impfung aller nach § 1 Abs. 1 angemeldeten Schweine hat in jedem Ort zu einer von dem Kreisveterinäramt oder dem

mit der Impfung Beauftragten zu bestimmenden Zeit an Hand der Listen (§ 2) stattzufinden. Die Besitzer sind verpflichtet, zu dieser Zeit die in ihrem Besitz befindlichen, der Anmeldepflicht unterliegenden Schweine zur Schutzimpfung zu stellen.

Die Gemeinde hat das zum Festhalten der Tiere erforderliche Personal zur Verfügung zu halten.

Für größere Orte und für einzeln gelegene Gehöfte hat auf Anfordern des Kreisveterinäramts oder des mit der Impfung Beauftragten die Bürgermeisterei anzuordnen, daß Ferkel an eine bestimmte Stelle zur Schutzimpfung gebracht werden. Größere Schweine sind im Gehöft des Besitzers zu impfen.

Ueber alle ausgeführten Schutzimpfungen hat der die Impfung Ausführende der zuständigen Bürgermeisterei unter Rückgabe der Listen (§ 2) Mitteilung zu machen.

§ 4. Händler haben die in das Großherzogtum während der Monate Januar bis Oktober eingeführten Ferkel und Läufer Schweine innerhalb 48 Stunden, nachdem sie in das Land eingeführt sind, bei der Bürgermeisterei, in deren Bezirk die Tiere sich befinden, zur Schutzimpfung anzumelden.

Die eingehenden Anmeldungen über die im Besitz von Händlern befindlichen Schweine haben die Bürgermeistereien unverzüglich dem Kreisveterinäramt zu übermitteln, das die Schutzimpfung dieser Schweine stets noch innerhalb der Absonderungszeit (9 Tage nach der Einfuhr in das Landesgebiet) vorzunehmen oder zu veranlassen hat. Der beamtete Tierarzt oder der mit der Schutzimpfung Beauftragte hat von deren Ausführung alsbald der zuständigen Bürgermeisterei Kenntnis zu geben.

Händler Schweine dürfen während der Monate Januar bis Oktober einschließlich vor stattgehabter Schutzimpfung nicht zum Verkauf gebracht werden.

§ 5. Für die infolge der Impfung eingegangenen Schweine ist nach § 66 Ziffer 3 und § 68 des Reichsviehseuchengesetzes Entschädigung zu leisten.

Die Feststellung der Entschädigung ist nach Artikel 7 Abs. 5 des Gesetzes über die Entschädigung für an Milzbrand, Rauschbrand und Schweinerotlauf gefallene Tiere vorzunehmen.

§ 6. Die Kosten der Schutzimpfung trägt nach Art. 10 des Gesetzes über die Entschädigung für an Milzbrand, Rauschbrand und Schweinerotlauf gefallene Tiere die Kreiskasse, der die Hälfte der Aufwendungen aus der Staatskasse ersetzt wird.

§ 7. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieser Anordnungen werden auf Grund des § 74 Ziffer 3 und § 76 des Reichsviehseuchengesetzes bestraft und ziehen nach Art. 4 Ziffer 7 des Gesetzes über die Entschädigung für an Milzbrand, Rauschbrand und Schweinerotlauf gefallene Tiere die Verhängung der Entschädigung nach sich.

Darmstadt, den 15. Dezember 1916.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
v. Sommerfeld.

An Grob. Polizeiamt Gießen, an die Grob. Bürgermeistereien der Landgemeinden und an die Gendarmeriestationen des Kreises Gießen.

Sie wollen die vorstehenden Anordnungen Großherzoglichen Ministeriums des Innern vom 15. Dezember 1916 ortsfällig bekannt machen.

Die vorgeschriebenen Fristen sind pünktlich einzuhalten. Der Befolg der getroffenen Maßnahmen ist zu überwachen. Zuwiderhandlungen sind unmaßsächlich zur Anzeige zu bringen.

Gießen, den 23. Dezember 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Hemmerde.

Bekanntmachung.

Betr.: Die Ausführung des Gesetzes über den Warenumsatzstempel.

An den Oberbürgermeister zu Gießen und die Grob. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Die im Gießener Anzeiger vom Freitag, den 15. d. M., 1. Blatt, abgedruckte Bekanntmachung, betr.: Die Entrichtung des Warenumsatzstempels für das Kalenderjahr 1916, erlassen von den Großherzoglichen Finanzämtern Gießen, Büdingen, Grünberg und Dungen und datiert vom 12. d. M., wollen Sie ortsfällig bekanntmachen.

Gießen, den 20. Dezember 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Hemmerde.

XVIII. Armeekorps.
Stellvertretendes Generalkommando.
Nr. VII D. Nr. 1473.

Bekanntmachung

zur Feststellung der Schwerstarbeiter in industriellen Betrieben, bei der Eisenbahn, Post und sonstigen Behörden.

Um auf dem schnellsten Wege für das Kriegsamt die Anzahl der zurzeit im Korpsbereich beschäftigten Schwerstarbeiter festzustellen, sind von allen oben genannten Betrieben und Behörden, welche Schwerstarbeiter beschäftigen, bis zum 28. 12. 16 genaue Listen nach folgenden Grundsätzen und entsprechend nachfolgendem Muster bei dem

Stellvertretenden Generalkommando 18. A.-K., Abteilung VII (Volkswirtschaft) Frankfurt a. M.

einzuweisen:

A. Grundsätze: Es gelten als Schwerstarbeiter:

1. Bergarbeiter unter Tage, einschließlich der mittleren und unteren Grubenbeamten (Fahrbauer, Steiger, Fahr-, Wetter- und Obersteiger, soweit sie unter Tage beschäftigt sind).
2. Die an den Koksöfen (Arbeiter in Gasanstalten sind wie Arbeiter an Koksöfen zu behandeln), Eisenerzöfen und in Bricketfabriken beschäftigten Arbeiter, soweit sie der Einwirkung der Gase, des Rauches und der Hitze der Defen unmittelbar ausgesetzt sind.
3. Feuerarbeiter in der Eisenindustrie, insbesondere:
 - a) von den Arbeitern an den Hochofen: Erz- und Koksfabriker, Gichter, Schmelzer, Schlackenarbeiter und sonstige Ofenarbeiter, sowie Gießbettmacher und Arbeiter bei den Wind-erhitzern;
 - b) von den Arbeitern in den Stahlwerken: Arbeiter an Generatoren, Konvertern, Martinöfen, Tiegel- und Elektrostaßöfen; ferner Gießgruben- und Wärmegrubenarbeiter, Kranführer in Ofen- und Gießhallen und über den Wärmegruben;
 - c) von den Arbeitern in Walz-, Hammer- und Brechwerken: Walzer und Arbeiter an Schweiß-, Wärm- und Glühöfen, Arbeiter an Hämmern, Pressen sowie Arbeiter an Sägen, Scheren, Richtmaschinen, soweit sie an warmem Metall arbeiten;
 - d) von den Arbeitern in Eisen- und Stahlgießereien solche, die unter großer Hitze oder schädlichen Gasen besonders zu leiden haben.

4. Arbeiter in der Waffen- und Munitionsindustrie, die unter 3 aufgeführten Arbeiterkategorien entsprechen, insbesondere Arbeiter an Pressen, Wärm- und Glühöfen, sowie in der Särterei und Bergtüterei.
5. Arbeiter in Zink-, Kupfer-, Aluminium- und sonstigen Metallhütten und Metallgießereien, soweit ihre Arbeit der Arbeit der unter 3 aufgeführten Arbeitergruppen gleicht; Ofenarbeiter in Zinkweißfabriken.
6. In Kalk- und Dolomitmehlfabriken, Zementfabriken, in der Tonwarenindustrie (Porzellan-, Steinzeug-, Steingutfabriken, Ziegeleien und Fabriken feuerfester Produkte, einschließlich Abfahrlöhren) und in Glashütten, soweit diese Industrien für den Kriegsbedarf arbeiten: Arbeiter, die unter großer Hitze oder schädlichen Gasen besonders zu leiden haben.
7. In der Maschinen-, Metall- und Kleinfabrikindustrie, sowie in Eisenbahnwerkstätten, Brückenbauanstalten und Seeschiffswerften, soweit diese Industrien für den Kriegsbedarf arbeiten und soweit ihre Arbeiter nicht schon unter die aufgeführten Gruppen fallen: Ofen- und Hammerleute, Schmiede, Kesselschmiede, Wärmnieter und Heizer für schwere Gegenstände.
8. Von den Arbeitern der chemischen Sprengstoffindustrie solche, die unter großer Hitze, schädlichen Gasen oder giftigen Stoffen besonders zu leiden haben.
9. Kesselheizer im Bergbau und in den vorgenannten Industrien mit Ausnahme solcher Heizer, die eine Gasfeuerung oder eine Feuerung mit mechanischer Beschädigung bedienen. Die Kesselschmiede und Maschinenzieher der letzteren Anlagen fallen nicht unter diese Ausnahme.
10. Arbeiter im Bergbau und in den vorgenannten Industrien, die an sich nicht unter die aufgeführten Gruppen fallen, aber regelmäßig in Tag- und Nachtschicht arbeiten, für die Zeit, in der sie Nachtschichten leisten. Wird in drei Schichten gearbeitet, so gilt nur eine Schicht als Nachtschicht.
11. Lokomotivführer und Heizer auf Dampflokomotiven; Maschinen- und Heizpersonal der See- und Binnenschifffahrt.

Allgemeine Bemerkungen.
Arbeiterinnen, auf welche die vorstehenden Merkmale zutreffen, sind wie Arbeiter zu behandeln.
Freie ausländische Arbeiter stehen Inländern gleich. Die Vorschriften für Kriegsgefangene bleiben unberührt.

B. Muster der Liste.

1		2		3a		3b		3c		3d		4	
männl.	weiblich	männl.	weiblich	männl.	weiblich	männl.	weiblich	männl.	weiblich	männl.	weiblich	männl.	weiblich

5		6		7		8		9		10		11	
männl.	weiblich	männl.	weiblich	männl.	weiblich	männl.	weiblich	männl.	weiblich	männl.	weiblich	männl.	weiblich

Ergänzung: Die Zahlen im Kopf der Liste (1, 2, 3a, 3b usw.) entsprechen der zahlenmäßigen Einteilung vorstehender unter A aufgeführten Grundsätze.

Die Liste ist in doppelter Ausfertigung einzuweisen und muß auf der Vorderseite folgende Angaben enthalten:

1. Name der Fabrik bzw. Behörde,
2. Kurze Angabe über Art der Fabrikation bzw. des Betriebes,
3. Gemeinde,
4. Kreis,
5. Regierungsbezirk,
6. Provinz.

Für die Richtigkeit der gemachten Angaben zeichnet verantwortlich

Es liegt im eigenen Interesse aller Beteiligten, daß die Listen unter allen Umständen pünktlich zu dem angegebenen Termin eingereicht werden, da die Angaben als Unterlage für die

Zuweisung von Lebensmitteln an die Schwerstarbeiter dienen sollen.

Eine genaue Nachprüfung der Listen durch Sachverständige bleibt vorbehalten.

Um dauernd über die vorhandenen Schwerstarbeiter unterrichtet zu bleiben, haben die einzelnen Betriebe, Behörden usw. jeweils bis zum 1. eines jeden Monats hier eintreffend, (erstmalig zum 1. 2. 17) zu melden, welche zahlenmäßige Veränderungen in den einzelnen Klassen eingetreten sind. Auch Nichtänderungen sind zu berichten.

Diese Bekanntmachung gilt — im Einvernehmen mit dem Gouverneur — auch für den Befehlsbereich der Festung Mainz Frankfurt a. M., den 22. Dezember 1916.

Stellv. Generalkommando 18. Armeekorps.